

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Abnehmern 2 RM. Im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM. einschließlich Abzug 10 Pf. für die Postgebühren. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Postboten und anfertigen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörung besteht keine Haftung auf Lieferung. Die Zeitung oder Abzug des Bezugspreises. — Kündigung eingetragener Schriftstücke erfolgt nur, wenn Parte befreit.

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpf., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 2 gespaltene Reklamazeile im zeitlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Sonstige und Wagnisanzeigen werden nach Möglichkeit für die Reichspost angesetzt bis zum 10. Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Jeder Anzeigenschein ist mit dem Namen des Anzeigenscheinbesizers zu versehen. Die Anzeigen werden nicht ohne Genehmigung des Verlegers in Konkurrenz gedruckt. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 128 — 90. Jahrgang — Wilsdruff-Dresden — Freitag, den 5. Juni 1931

„Von Herz zu Herzen.“

Vor zehn Jahren — man denkt ungern daran, aber es ist doch aus vielen Gründen lehrreich, daran sich zu erinnern — hatte Deutschlands Regierung das Londoner Ultimatum annehmen müssen. Mitte Mai 1921 war Deutschland genötigt worden, sich zur allmählichen Zahlung von 132 Goldmilliarden zu verpflichten; Lloyd George war es, der als englischer Ministerpräsident namens der Entente uns die Wahl ließ: Befreiung deutschen Landes oder Untertänigkeit. Wir unterschrieben.

Jetzt sind der deutsche Reichszankler und sein Außenminister in London Gäste der englischen Regierung — allerdings einer solchen, die der Arbeiterpartei angehört; von dieser war vor zehn Jahren kaum die Rede —, aber heute ist Lloyd George von geringerem politischen Einfluss als vor zehn Jahren die Partei und die Persönlichkeit MacDonalds. Und von den damaligen 132 Milliarden redet schon längst niemand mehr. Aus dem Volkentum und bei phantastischer Wänsche hat hernach die brutale Wirklichkeit die Lloyd Georges an den Weinen heruntergezogen, bis diese auf einem etwas realeren Boden standen.

Eine gewaltige Last deutscher Wünsche und deutscher Verzweiflung, legten deutschen Hoffens, hat der Hagadampfer mit Dr. Brüning und Dr. Curtius zusammen nach England getragen. Und weil es eben die letzte Hoffnung ist, weil diese auch sozusagen allein den inneren Halt dafür abgibt, die neuen schweren Belastungen durch die kommende Notverordnung auf uns nehmen zu sollen —, ist es wohl menschlich zu verstehen, daß aus dieser Verzweiflung und grauer Trostlosigkeit die Hoffnung auf Chequers hier und da in Deutschland allzu üppig emporschießt. Es wäre nicht das erstemal, daß ein deutscher Vertreter hinausjog, hoch beladen mit dem Hoffen, Wünschen und Sehnen des deutschen Volkes —, aber es wäre auch nicht das erstemal, daß er zurückkäme, niedergebückt von der Erfolglosigkeit seiner Arbeit, zu dem Herzen des Auslands zu sprechen. Er war nur auf Egoismus, Interessenspolitik, ja doch gekochten, auf Verhältnisslosigkeit oder nur geringes Verständnis für die schon anderthalb Jahrzehnte währende deutsche Not.

Das sollte vor allzu großen Hoffnungen warnen. Es ist ja keine „Konferenz“, die in Chequers stattfindet, sondern nur ein Wochenendgespräch. Ein Gedankenaustausch, von dem aus freilich die Gedanken zu Absichten und Taten führen sollen. Revision des Young-Plans —, das ist nun wirklich zum Problem auch im Ausland geworden, ist nicht nur mehr deutsche Forderung, die draußen von vornherein auf verstopfte Ohren stößt. Gewiß ist es nicht die einzige „politische“ oder wirtschaftlich-finanzielle Frage in der Gegenwart, ist für England der Kampf um die Abrüstung nicht weniger wichtig. Aber die deutschen Minister haben doch nicht vor ihrem Besuch in London und Chequers einen Wink bekommen: „Über Thema darf nicht gesprochen werden!“ Sondern im Gegenteil rechnet man in England damit, daß über „Thema“, also die Revision und den Weg zu ihr gesprochen wird. Zumal Dr. Brüning im Reiseoffer auch die neue Notverordnung mit sich bringt als Beweis dafür,

„Wir haben schon so viel für euch getan, daß uns zu tun nun nichts mehr übrig bleibt.“

Wie wir über Gretchen in Goethes „Faust“ hinaus wohl sagen dürfen.

Wir wissen, daß bei diesem Wochenendgespräch auf dem Landsitz des englischen Ministerpräsidenten der Franzose am Schlüsselloch horcht oder über die Partimauer von Chequers auch. Er kann ruhig zusehen, zuzuhören. Wir haben nichts zu klüffern, nichts zu verstecken. Was in Chequers gesprochen wird, ist in den Ohren der Welt. Und daß bei den Unterredungen keine „Geschäfte gefahrt“ werden, weiß sie auch. Was wir tun wollen und wie wir unsere Lage betrachten, soll den Engländern persönlich gefahrt werden; ihr Für oder Wider werden wir erfahren. Ihre Ratschläge oder Warnungen werden wir zur Kenntnis nehmen. Und beide Seiten, wir und die anderen, werden die beiden gemeinsame Not, die Wirtschaftskrise, zum Thema der „Unterhaltung“ haben. Unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen war Deutschland Großbritanniens bester Kunde!

Es werde sich um eine „unformelle Unterhaltung von Herz zu Herzen handeln“ schreibt die amtliche Nachrichten-Agentur der englischen Regierung in dem Augenblick, da die beiden deutschen Minister die Fahrt nach England antreten. Daß sie offen und ohne jeden Rückhalt sprechen werden, ist so selbstverständlich wie es klar ist, daß wir eben nichts mehr zu verheimlichen haben.

Und wenn die deutschen Minister ihre ganze Meinung vom Herzen herunter sagen, dann werden sie es aussprechen müssen, daß die Gegenseite die Durchführung des Young-Plans uns weit über das notwendige Maß hinaus erschwert habe. Bieviel ist denn von der Mahnung der Sachverständigen, die diesen Plan aufzuheben, nun wirklich erfüllt worden, daß er nur bei einem offenen Zusammenarbeiten des Schuldners und der Gläubiger durchführbar sei? Unserem Außenhandel baute man immer höhere Zollmauern über den Weg, vom Kapitalmarkt des Auslandes sperrte man uns ab durch Forderung ummäßig hoher, jede Rentabilität ausschließenden Zinsen. Mit Kreditentzug „bestrafte“ man mißliebige poli-

Henderson über die Konsolidierung des Weltfriedens

London, 4. Juni. Außenminister Henderson hielt am Donnerstagabend im Lincoln's Inn in London einen Vortrag über die Konsolidierung des Weltfriedens. Henderson ging von dem Gedanken aus, daß bis zum Ausbruch des Weltkrieges noch niemals der Friede und seine Erhaltung sorgfältig organisiert worden sei. Die Ursache der Katastrophe von 1914 sei der Mißlingenswettbewerb gewesen. Das europäische Konzert, das sich auf der Idee der Zusammenarbeit der Völker aufgebaut habe, sei zusammengebrochen, weil die notwendige Maschinerie zur praktischen Durchführung des Zusammenwirkens der Nationen gefehlt habe. Die beiden hauptsächlichsten Gründe aber seien die Systeme der Bündnisse und Gegenbündnisse gewesen. In Versailles habe man erkannt, daß zur Stabilisierung des Friedens zwei Dinge notwendig seien: Ein wirkliches Gleichgewicht der Mächte, das sich auf der Abrüstung aufbaue und sein Ansehen nicht von der Macht und der Gewalt herleiten müsse, sondern von der Achtung vor der Verträgen, dem geeigneten Schutz gegen einen Angriff, dem Respekt vor den Rechten der kleineren Nationen und der Gerechtigkeit für die Minderheiten. Ferner sei man sich darüber klar gewesen, daß eine dauernde Maschinerie geschaffen werden müsse, die als europäisches Konzert wirklich wirksam sei. Der Völkerbund sei ein Konzert der Mächte in einer vollendeten Form als es Lord Salisbury jemals vorausgesehen habe. Der Völkerbund stelle eine kollektive Verantwortlichkeit zur Erhaltung des Friedens dar. Seine Mitglieder dürften nicht etwa die Freiheit haben, im Interesse ihrer Sicherheit unbeschränkt und ohne Rücksicht auf ihre Verpflichtungen gegenüber den anderen Mitgliedern des Völkerbundes zu rüsten, da dies die zivilisierten Nationen wieder in den Mißlingenswettbewerb verwickeln würde. Der Tag sei nahe, wenn er nicht schon überhaupt gekommen sei, wo es undenkbar wäre, daß eine Nation sich weigern könnte, ihre Streitkräften entweder dem Völkerbundrat oder dem Haager Gerichtshof zu unterbreiten.

Übergehend auf die Abrüstungskonferenz meinte Henderson, daß der bisherige Fortschritt in der Abrüstungsfrage verschwinden würde, wenn es nicht gelänge, die Abrüstung zum Erfolg zu führen. Er halte dies jedoch für möglich, wenn die Regierungen, die die Abrüstung wünschten, entschlossen seien, die Konferenz vor einem Scheitern zu bewahren. Eine plötzliche Abrüstung würde das Gefühl des Vertrauens und der Sicherheit wiederherstellen, das nach Ansicht Howders mehr als ein anderer Faktor zur Beendigung der Wirtschaftskrise beitragen würde. Die öffentliche Meinung in den Ländern der Regierungen weit voraus, aber das müßte auch so zum Ausdruck kommen, daß die Abordnungen der einzelnen Staaten in Genuß weitestmögliche Zugeständnisse machen könnten. Die Völker seien bereit, sich von ihren Staatsleuten zu einer neuen Welt führen zu lassen, wo es keinen Krieg mehr gebe, sondern wo der Reichtum und der Geist der Menschheit zur Verbesserung der Lebensbedingungen der schwächenden Massen in jedem Lande ausgenutzt werden sollte. Laßt uns sehen, so schloß Henderson, daß wir, wenn im nächsten Jahre der Tag der Prüfung kommt, die Völker nicht enttäuschen.

tisches Verhalten Deutschlands, und den einen Ausweg anbahnenden Plan einer Zollunion hat man in Genuß fast zerrissen und uns vor die Füße geworfen. Jedem Balkanstaat gibt man Kredite in Höhe von Hunderten von Dollar-millionen; Deutschland kriegt so gut wie nichts.

Wir wissen, daß dies alles nun in Chequers nicht ohne weiteres ausgedrückt werden kann. Wir wissen, daß Dr. Brüning nicht mit einem revidierten Young-Plan in der Tasche oder mit der Zusage, eine neue Reparationskonferenz zusammenzubringen, Chequers wieder verlassen wird. Aber wir werden in einer hoffentlich nahen Zukunft wissen, ob in Chequers zugunsten dem deutschen Versuch, zu einer Revision des Young-Plans zu gelangen, Englands Zustimmung und Unterstützung auf den schwierigen Weg mitzugeben beabsichtigt worden ist. Ist das der Fall, dann zeigt sich doch ein leiser Schimmer von Hoffnung auf eine lichtere Zukunft. Dann, aber auch nur dann, wird das deutsche „von Herz zu Herzen“ nicht eine schnell vergessene Höflichkeitsphrase, sondern Wirklichkeit sein und seine Wirkung tun.

Die Nationalsozialisten fordern Einberufung des Reichstages

Zur Aufhebung der Notverordnungen.
Die Reichstagsfraktion der Nationalsozialistischen Partei nahm eine an den Reichspräsidenten und an die Reichsregierung gerichtete Entschließung an in der sie sich zunächst mit dem Terror marxistischer Vandalen gegen Angehörige rechtsstehender Organisationen, insbesondere gegen Nationalsozialisten, befaßt und dann Verwahrung gegen die neuen Angebote der Sanierung der Reichsfinanzien dienenden Maßnahmen der Reichsregierung einlegte. Da diese Maßnahmen nur zur weiteren Verelendung der arbeitenden Massen des deutschen Volkes und zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen, verlange die Reichstagsfraktion der NSDAP zum Zwecke der Aufhebung dieser Maßnahmen die sofortige Einberufung des Reichstages.

Die deutsche Wirtschaftskrise gefährdet die Welt.

Generaldebatte auf der Tagung des Internationalen Arbeitsamtes.
Der Generalsekretär der christlichen sozialen Gewerkschaften, der holländische Arbeiterführer Serrares, unterstrich bei der Generaldebatte der Genfer Tagung die großen Gefahren der Arbeitslosigkeit in Deutschland und England, die große politische Gefahren für die ganze Welt in sich birge. Serrares schlug an Stelle des bisher immer noch nicht durchgeführten Washingtoner Achtfundentag-Abkommens den Abschluß eines neuen Abkommens für drei Jahre vor, in dem eine vorläufige Beschränkung der Arbeitszeit für einzelne Industriezweige, zum Beispiel für die Textilindustrie vorgenommen werden soll.

Die Durchführung des Verfahrens über die Zollunion vor dem Haager Gerichtshof

Berlin, 4. Juni. Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat der Haager Gerichtshof, der vom Völkerbundrat beauftragt um ein Rechtsgutachten über den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion ersucht worden ist, inzwischen den beteiligten Regierungen — darunter auch der deutschen Regierung — seinen Beschluß über die Durchführung des Verfahrens mitgeteilt. Danach können die Regierungen bis zum 1. Juli 1931 dem Gerichtshof eine schriftliche Darstellung ihres Standpunktes einreichen. Nach Austausch der eingehenden Schriftsätze soll dann in der zweiten Hälfte des Monats Juli eine öffentliche Sitzung des Gerichtshofes stattfinden, in der die beteiligten Regierungen durch ihre Vertreter nochmals zu Wort kommen. Der Gerichtshof wird sein Gutachten daraufhin voraussichtlich im Laufe des Monats August veröffentlichen. Zum Vertreter der deutschen Regierung vor dem Gerichtshof ist der Universitätsprofessor Dr. Viktor Bruns, Direktor des Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Berlin, bestellt worden.

Professor Kaufmann-Bonn österreichischer Vertreter für die Behandlung der Zollunion im Haag.

Wien, 4. Juni. Zum österreichischen Vertreter für die Behandlung der Zollunionsfrage vor dem internationalen Schiedsgericht im Haag ist Universitätsprofessor Dr. Erich Kaufmann in Bonn bestellt worden, der bereits wiederholt mit Erfolg vor dem Haager Schiedsgerichtshof plädiert hat.

Amerikas Außenminister kommt nach Deutschland.

Wichtige „Höflichkeitsbesuche“.
Der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen Stimson wird in der zweiten Hälfte des Juni eine Reise nach Europa antreten, deren Dauer auf zwei Monate be-



Der amerikanische Außenminister Stimson.
rechnet ist. Stimson, der die europäischen Verhältnisse eingehend studieren will, fährt zuerst nach Rom und bereist dann Italien, Frankreich, Deutschland und England. Er erklärte, er werde offizielle Empfänge zu vermeiden